

Verbraucherbildung stärken

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

Problem:

Verbraucherbildung an Schulen soll Kindern und Jugendlichen helfen, informierte Entscheidungen als Konsument:innen zu treffen. Obwohl Lehrkräfte sie als wichtiges Thema anerkennen, wird sie wegen fehlender Curricula-Verbindlichkeit, Umsetzungslücken und mangelnder Qualifikation selten umgesetzt. Meist ist sie nicht fest im Schulkonzept verankert und wird im Alltag eher als zusätzliches Thema behandelt, für das kaum Zeit bleibt. Es wird auch häufig auf Angebote und Materialien von Unternehmen zu bestimmten Themen zurückgegriffen. Dies ist insofern problematisch, da hier Bildungsauftrag und Verkaufsinteressen verschwimmen können und Werbung an Schulen eigentlich nicht erlaubt ist.

Forderungen der Verbraucherzentrale

Verbraucherbildung in der Aus- und Fortbildung verankern

Um Verbraucherbildung an Schulen flächendeckend zu etablieren, bedarf es einer fachlichen und didaktischen Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. So ist eine künftige Umsetzung der Themen im Schulunterricht am zuverlässigsten und einfachsten erreichbar. Die Verbraucherzentrale besitzt das Fachwissen und die nötigen Kompetenzen, um die Aus- und Fortbildung zu unterstützen und fordert die Landesregierung auf, eine entsprechende Aus- und Weiterbildung zu etablieren.

Alltagskompetenzen in Fehlstunden vermitteln

Laut einer Studie des GEW fallen aktuell 6% des Unterrichts aus, die Vertretung erfolgt häufig ohne Unterrichtskonzept. Die VZ fordert den Auftrag, ein digital abrufbares und an verschiedene Fächer angepasstes Vertretungsstundenangebot für das Thema Verbraucherbildung zu erarbeiten und in den Schulen anzubieten zu dürfen, so dass in allen Altersstufen künftig die Vertretungsstunde genutzt werden kann, um Alltagskompetenzen zu schulen.

Keine Werbung an Schulen

Kommerzielle Einflussnahme auf Unterricht und Schulalltag muss unterbunden werden. Das Bildungsministerium soll bestehende Vorgaben zu Werbung und Sponsoring konkretisieren und auf ein umfassendes Werbeverbot ausweiten. Schulen benötigen zudem klare Leitlinien, Daten und Unterstützung bei der Auswahl externer Angebote und Kooperationspartner, um deren Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen bewerten zu können. Die Landesregierung soll Förderprogramme aufsetzen, die aktuelle, werbefreie Materialien für Lehrkräfte bereitstellen, besonders in verbraucherrelevanten Themenfeldern.

